

Für eine kohärente nationale Alterspolitik

Eine nationale Alterspolitik müsste Querschnittsfunktion annehmen – von Fragen der Raumplanung, des Wohnens und der Mobilität über die Pflege und Betreuung von älteren Menschen bis hin zu den Generationenbeziehungen. Von Thomas Mattig

Thomas Mattig ist Direktor von Gesundheitsförderung Schweiz.

Der Anfang Dezember dieses Jahres veröffentlichte Bericht des Gesundheitsobservatoriums Schweiz (Obsan) beziffert die demografische Entwicklung in der Schweiz auf eindrückliche Weise: Bis zum Jahr 2030 dürfte die Zahl der über 65-Jährigen um satte 66 Prozent zunehmen und damit die Zwei-Millionen-Grenze überschreiten. In der Folge wird auch der Bedarf an Pflegebetten wachsen. In einer optimistischen Schätzung rechnet das Obsan mit einer Bedarfssteigerung um 30 Prozent, im schlechtesten Fall gar mit einer um 115 Prozent.

Ob in 20 Jahren 85 000 oder 144 000 Betagte bettlägerig sein werden, macht für unser Gesundheitssystem einen gewaltigen Unterschied – bezüglich Gesundheitskosten wie auch im Hinblick auf das erforderliche Pflegepersonal, das bereits heute schwer zu rekrutieren ist. Die Politik muss sich heute vorausschauend mit diesen Prognosen befassen und alle Hebel in Bewegung setzen, damit sich die Befürchtungen in 20 Jahren nicht bewahrheiten. Denn die Spannweite der beiden Schätzungen zeigt: Es gibt Spielraum. Und den gilt es zu nutzen.

Prävention

Das Stichwort heisst Prävention. Denn viele klassische Altersleiden wie Erkrankungen des Herzkreislauf-Systems oder des Bewegungsapparates, psychische Störungen, Krankheiten des Nervensystems und Senilität sind Lebensstil-bedingt und lassen sich durch geeignete Präventionsmassnahmen verringern oder gar verhindern. Erfolgreiche Prävention folgt dem Motto «Je früher, desto besser». Der Grundstein für Gesundheit im Alter sollte also gelegt werden, bevor Beschwerden auftreten. Gesundheitsförderung im Alter heisst nicht, in Sachen Fitness mit den Jungen gleichzuziehen oder gar das Altern aufzuhalten. Prävention für ältere Menschen bedeutet vielmehr, die besten Voraussetzungen für eine autonome Lebensführung im Alter zu schaffen. Für ein Höchstmass an Autonomie braucht es körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Das kontinuierliche Training der motorischen und kognitiven Fähigkeiten sowie eine den besonderen Bedürfnissen der älteren Generation angepasste Ernährung sind unerläss-

lich. Dabei spielen die Hausärzte eine wichtige Rolle: Sie bilden in vielen Fällen die erste Anlaufstelle und können bei ihren Patienten frühzeitig die passenden Interventionen anstossen. Für ein möglichst lange selbstbestimmtes und aktives Leben bedarf es zudem der altersspezifischen Beratung und Lebenshilfe. Auch wenn sich der Lebensrhythmus im Alter oft stark verlangsamt: Die Welt bleibt nicht stehen. Neue Entwicklungen und Technologien zwingen auch ältere Menschen immer wieder zu Anpassungen. Das beginnt bei der Bedienung von Billettautomaten und setzt sich fort beim Gebrauch von Handys und Computern. Für die Autonomie im Alter kann der Zugang zu diesen Technologien ganz entscheidend sein.

Der Erfolg solcher Präventionsmassnahmen ist durch internationale Studien hinlänglich belegt. Und trotzdem kommt eine neue Studie von Gesundheitsförderung Schweiz zum Schluss, dass der Stellenwert alterspolitischer Anliegen in der Gesundheitsförderung und Prävention hierzulande als sehr bescheiden zu bezeichnen ist. Nur in wenigen Kantonen finden alterspolitische Anliegen ihren Niederschlag in parlamentarischen Aktivitäten oder in einer politisch-administrativen Institutionalisierung wie beispielsweise einer eigenständigen Fachkommission. Rechtliche Grundlagen fehlen, von vereinzelt Gesetzen für spezifische Teilaspekte abgesehen, in praktisch allen Kantonen. Und wenn strategische und konzeptionelle Grundlagen vorhanden sind, tragen sie alterspolitischen Überlegungen selten gebührend Rechnung.

Ein Lichtblick ist, dass immerhin 14 Kantone über gewisse strategische Grundlagen für die Alterspolitik verfügen. Darüber hinaus engagieren sich verschiedene Organisationen wie zum Beispiel Pro Senectute oder der Schweizerische Seniorenrat seit vielen Jahren mit grossem Einsatz für eine bedarfsgerechte Alterspolitik. Doch das ist nicht genug. Die Schweiz braucht eine nationale Alterspolitik, die Prognosen wie jene des Obsan schonungslos analysiert und im Sinne einer nachhaltigen Alterspolitik heute Massnahmen ergreift, um die schlimmsten Zukunftsszenarien abzuwenden.

Dabei muss der Politik bewusst sein, dass die Alterspolitik eine Querschnittsfunktion darstellt und viele Politikbereiche tangiert – von der Raumplanung über Wohnen, Mobilität, Pflege und Betreuung bis hin zu den Generationenbeziehungen.

Innerhalb der EU sind vor allem die skandinavischen Länder, die Niederlande sowie Schottland am aktivsten bei der Etablierung geeigneter Strukturen und Programme. So verfügt etwa Schottland über eine langjährige Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit älterer Menschen.

Alterskapital

Unabhängig davon, wie eine systematische Alterspolitik umgesetzt wird: Die wichtigsten Erfolgsfaktoren sind stets übergreifende Rahmengesetze und nationale Gesamtpolitiken. Das derzeit in der

Schweiz auf nationaler Ebene diskutierte Präventionsgesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Kantone tun gut daran, in die Gesundheitsförderung im Alter zu investieren. Pflegeplätze sind teuer, und mit Gesundheit im Alter lässt sich viel Geld sparen – privates und öffentliches. Aber es geht nicht nur um Geld. Unsere älteren Mitbürger sind mehr als potenzielle Pflegefälle. Das Alter hat besondere Qualitäten, die unserer Gesellschaft gut tun: Unabhängigkeit, Erfahrung und Glaubwürdigkeit – Eigenschaften, die man auch als Alterskapital bezeichnen könnte. Zu diesem Kapital gilt es Sorge zu tragen.